

Vorlage Nr. 185/08

Betreff: **Projekt Reintegration/Verselbständigung und Vollzeitpflege**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss			17.04.2008		Berichterstattung durch:		Frau Ehrenberg Herrn Schöpfer	
TOP	Abstimmungsergebnis					z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			

Betroffene Produkte

2101	Förderung junger Menschen und Familien
------	--

Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes

--

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Finanzierung		Jährliche Folgekosten	Ergänzende Darstellung (Kosten, Folgekosten, Finanzierung, haushaltsmäßige Abwicklung, Risiken, über- und außerplanmäßige Mittelbereit- stellung sowie Deckungsvorschläge)
	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/Beiträge)	Eigenanteil		
€	€	€	☐ keine €	siehe Ziffer der Begründung

Die für die o. g. Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen

☐ beim Produkt/Projekt _____ in Höhe von _____ € zur Verfügung.

☐ in Höhe von _____ **nicht** zur Verfügung.

mittelstandsrelevante Vorschrift

☐ Ja ☒ Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Begründung:

In seiner Sitzung am 7.2.2008 hat sich der Jugendhilfeausschuss aufgrund der Anfrage vom 22.11.07 mit der Frage der Stellenerweiterung für den Bereich der

- ▶ Verselbständigung / Reintegration
- ▶ Vollzeitpflege / Bereitschaftspflege
- ▶ und Wahrnehmung Wächteramt

beschäftigt.

Insoweit wird auf die Ausführungen zur Vorlage 97/08 Bezug genommen.

Den Medien konnte entnommen werden, dass verschiedene Jugendämter in Nordrhein Westfalen zusätzliche Stellen für den Bereich der Hilfen zur Erziehung bzw. für die Wahrnehmung des Wächteramtes erhalten sollen. (z.B. Dortmund 20 Stellen, Münster 2,5 Stellen, Kreis Steinfurt 6 Stellen)

Auch das Landesjugendamt hat eine Abfrage bezüglich der Arbeitssituation in den sozialen Diensten gemacht, die derzeit ausgewertet wird.

Seitens der Verwaltung werden derzeit vorhandene Organisationsuntersuchungen anderer Jugendämter gesichtet und ausgewertet. Gleichzeitig soll das Ergebnis der Abfrage des Landesjugendamtes abgewartet werden.

Spätestens zu den Stellenplanberatungen 2009 sollen die vorhandenen Daten ausgewertet werden, um als Grundlage für eine solide Stellenplandiskussion dienen zu können.